

*Beziehungen zwischen Markt und gesellschaftlicher Planung in einer sozialistischen Alternative – Rolle des Staates, Stärkung der Zivilgesellschaft und Demokratisierung der Planung*

Die hier angesprochene Frage ist schon vielfach unter den unterschiedlichsten Bedingungen diskutiert worden. Trotzdem sind bisher keine zufriedenstellenden Antworten gefunden worden – weder in praktischer noch in theoretischer Hinsicht. Zudem ist die Diskussion hochgradig ideologisch belastet. Die Probleme der Planung im Realsozialismus werden oft der Unfähigkeit der Planenden, fehlender Rechentechnik etc. zugeschrieben, die realen ökonomischen Probleme und Widersprüche verschwinden hinter diesem ideologischen Vorhang. Davor ist man dann in der Lage, ein neues Modell zu präsentieren, das natürlich viel besser funktionieren würde. Dieses Bedürfnis ist verständlich, hilft aber nur in begrenztem Maße weiter. Modellen ist es eigen, dass sie von bestimmten Dingen abstrahieren müssen. Ob das, wovon abstrahiert wird, aber vielleicht konstituierend für die Realität ist, weiß man nicht unbedingt. Gerade in den Abstraktionen und Restriktionen eines Modells schlagen sich ideologische und kulturelle Vorannahmen, oft auch Stereotype und Glauben, nieder. Was wir nach diesem Herangehen finden, sind nie neue Realitäten, sondern Denkwege – und das ist schon viel. Wenn man sich mit Fragen des Übergangs zwischen verschiedenen Etappen gesellschaftlicher Entwicklung befasst, gerät man immer in das Spannungsfeld von Wissenschaft und Utopie.

Übergängen ist es eigen, dass mit der Veränderung von wichtigen gesellschaftlichen Beziehungen und Institutionen die Interessen und Motive der verschiedenen Akteure ändern. Das Unternehmen, die Gewerkschaften, die Arbeiter usw. sind in einem „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ ihrer sozialen Qualität nach Andere, auch wenn es sich physisch um die gleichen Personen handelt. Sie sind selbst dann „andere“, wenn sie sich unverändert zu verhalten scheinen. Das Zusammenfallen der veränderten Bedingungen mit veränderten Subjekten führt zu einer solchen Breite an Möglichkeiten der konkreten Entwicklung, zu einem breiten Feld auch an Zufälligem, dass heute erdachte Modelle und Institutionen sich schnell als anregend, aber letztlich eben utopisch erweisen werden.

Wir können also „den Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ nicht vorwegnehmen. Wir können nur Bedingungen des Übergangs beschreiben. Wir können heute ausgehend von den Erfahrungen des Realsozialismus und alternativer Einzelprojekte auch mögliche Entwicklungsszenarien beschreiben, aber dies schließt immer einen überwiegenden Teil (durchaus notwendiger) Utopie ein. Insofern möchte ich an dieser Stelle kein Modell einer Beziehung von Markt und gesellschaftlicher Planung mit den entsprechenden Institutionen, sondern nur mögliche Richtungen entwerfen, die in Beziehung zum Heute stehen, in diesem Sinne also Übergangsmomente darstellen, nicht Elemente einer neuen Ganzheitlichkeit „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Eine sozialistische Alternative, über sie sich sinnvoll diskutieren lässt, ist in diesem Sinne eine Zeit des Übergangs, die einander widerstrebende ökonomische, politische und kulturelle Merkmale einschließen wird.

Der Akt des Übergangs ist erst einmal ein politischer und NUR ein politischer. Bruchhaft ist der Übergang erst einmal „nur“ politisch. Die adäquate Ökonomie schafft sich die neue Gesellschaft erst im Prozess ihres Werdens. Sie hat es erst einmal mit einer kapitalistisch organisierte Volkswirtschaft zu tun, die sie erst einmal schnell nur in eine staatskapitalistische umwandeln kann. Als bewusster politischer Akt bedeutet

Sozialismus erst einmal nicht mehr, als einen neuen politischen Rahmen zu setzen – und damit Umverteilungsprozesse in Gang zu setzen, die Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten für die verschiedenen sozialen Schichten neu bestimmen, Lernprozesse in den Massen zu ermöglichen und bestimmte zerstörerische Tendenzen kapitalistischer Entwicklung politisch, d.h. mit Gewalt zu unterbinden. Die große Frage ist: wie verändern sich in diesen neuen politischen Rahmensetzungen die Interessen der Betriebskollektive, der einzelnen Beschäftigten etc.? Politische Akteure können nur MÖGLICHKEITEN eines anderen Verhaltens schaffen – nicht die Wirklichkeit eines anderen Handelns. Sicher kann man im Besitz der Staatsmacht ein anderes Handeln erzwingen. Die bisherigen historischen Erfahrungen sagen aber, dass das nur zu stabilen Veränderungen führt, wenn sich Interessen und reale gesellschaftliche Verhältnisse wirklich verändern, andernfalls entfalten sich unter der Oberfläche und in der Hülle neu scheinender Beziehungen alte Verhältnisse. Das macht die Entwicklung allerdings auch aus der Sicht der selbsternannten oder ernannten AvantgardistInnen auch unberechenbar – eben emanzipatorisch. Das ist das entscheidende praktische Problem – eine flexible entwicklungsfähige Staatlichkeit. Denn Menschen können eben auch Entwicklungsmöglichkeiten ausschlagen – das gehört auch zu den Erfahrungen von 89, aber auch schon vorher aus dem täglichen Leben.

Formen solidarischen Wirtschaftens, Betriebsräte u.ä. können dabei Ansatzpunkte für eine neue Art des Wirtschaftens und der Planung liefern und sind wichtige Orte des Lernens. Ihre bloße Zusammenführung in Räten bedeutet aber noch nicht Schaffung gesellschaftlicher Planung. Dieser politische Bruch ist dann auch ein kultureller Bruch. Die Lebensweise verändert sich nicht schlagartig. Es werden alte Formen des Handelns praktiziert, die sich erst in einem langen und allseitigen Lernprozess verändern. Hier setzte z.B. die Neue Ökonomische Politik (NÖP) in Sowjetrußland an. Als zeitweiliger Rückzug sollte Lernprozessen Raum gegeben werden – die Arbeitermacht sollte lernen, zu planen und zu führen, die Bauern sollten lernen, dass Kooperation mit der Staatsmacht vorteilhaft ist, die Beschäftigten in den Unternehmen sollten lernen, sorgfältig und effektiv zu arbeiten. Beim Übergang zur NÖP standen die politischen Notwendigkeiten der Stabilisierung der Sowjetmacht, nicht die politökonomisch korrekte Realisierung eines Modells im Mittelpunkt. Die Marktverhältnisse selbst bildeten sich nicht durch, sondern vor der Verkündung der NÖP heraus. Die NÖP war eine Reaktion auf die sich durchsetzenden Verhältnisse. Sie sollte diesen einen politischen Rahmen setzen. In dieser Hinsicht dürfte die NÖP tatsächlich modellhaft sein.

Was ist aber der Charakter dieses Überganges nun tatsächlich? Dies wurde damals schon intensiv diskutiert. Dabei setzten unterschiedliche Strömungen und AutorInnen jeweils an unterschiedlichen Aspekten des von ihnen beobachteten gesellschaftlichen Wandlungsprozesses an. Gemeinsam war den Auffassungen zu diesem frühen Zeitpunkt, dass der Kapitalismus grundsätzlich bereits die Bedingungen für ein nach kommunistischen Grundsätzen organisiertes Wirtschaften geschaffen habe. Aufgabe von Staat und Partei sei es, sehr vereinfacht gesagt, diesen an sich vorhandenen Kern durch politische Erziehung bzw. politischen Zwang freizulegen. Eigentlich sei es eine Sache von Erkenntnis und Moral, den Durchbruch zu erreichen. Die Vorstellung, dass sich in diesem Entwicklungsprozess ganz eigentümliche, neue Interessenkonstellationen entstehen könnten, dass die neuartigen ökonomischen Beziehungen auf lange Zeit keinesfalls unmittelbar kommunistisch-egalitären Vorstellungen entsprechen könnten – das war damals nicht bewusst und zeigte sich erst in der Praxis. Markt- und Warenbeziehungen wurden als etwas äußerliches betrachtet, was sich dann in den Debatten zur Rolle des Wertgesetzes und der Warenproduktion im Sozialismus

niederschlug. Die NÖP wurde ursprünglich tatsächlich als neue Politik, als aus primär politischen Bedingungen erwachsend betrachtet, daher sehr instrumentell. Das Bewußtsein, dass es sich dabei um eine grundlegende politökonomische Erweiterung der marxischen Auffassungen zum Übergang von einer kapitalistischen zu einer anderen Gesellschaftsordnung handelte, wurde erst später in breitem Maße bewusst. Letztlich leitet die NÖP einen Suchprozess in Wechselwirkung von Praxis, Theorie und Ideologie ein, der in dieser Art vom überwiegenden Teil der linken Bewegungen nicht vorausgesehen war und teilweise auch bekämpft wurde. Er läßt sich nicht auf das ideologische Moment beschränken, auch wenn die Entstehung der NÖP das zu bestätigen scheint. Die Verkündung der NÖP durch Lenin fällt zusammen mit einer tiefen Krise der Sowjetrepublik. In Folge des Bürgerkrieges waren industrielle Basis und Infrastruktur weitgehend zerstört, die Landwirtschaft ruiniert und die sozialen Beziehungen labil. Im Rahmen des Kriegskommunismus war Produktion und Verteilung beim Staat offiziell monopolisiert und es bestand eine Arbeitspflicht mit Arbeitsplatzbindung. Das offizielle Geld konnte keine Rolle spielen. Löhne wurden z.T. in Naturalien, oft aus der Produktion des eigenen Betriebes ausgezahlt. Die Grundkonstellation geld- und marktlosen Wirtschaftens schien einigen Praktikern und Theoretikern durchaus als Schritt zur Errichtung kommunistischer Verhältnisse. Die skizzierte Krise hatte aber auch eine weitere wirtschaftliche und politische Dimension. Erstens hatte sich jenseits der staatlichen Verteilung ein Markt gebildet. Die Bauern erhandelten sich hier Industriewaren und die Arbeiter setzten ihre Naturaleinkommen in andere Produkte, Industriewaren wie Lebensmittel um. Dies beschleunigte die Desorganisation des Wirtschaftslebens und wirkte politisch wie auch sozial destabilisierend. Zweitens wuchs vor allem die Unzufriedenheit unter den Bauern, die praktisch ihr gesamtes Mehrprodukt und mehr an den Staat abführen mussten. Die kriegsrechtlichen Verhältnisse hatten mit Ende des Bürgerkrieges keine Basis mehr. Vielmehr blockierten sie in allen Bereichen die Entwicklung. Ausdruck dieser Verflechtung von Problemen und Widersprüchen war der Aufstand der Matrosen in Kronstadt im Frühjahr 1921. In einem am 3. März 1921 veröffentlichten Manifest heißt es: „Genossen und Bürger! Unser Land befindet sich mitten in einer schwierigen Situation. Hunger, Kälte und wirtschaftliches Chaos halten uns nun schon drei Jahre lang in eisiger Umklammerung. Die Kommunistische Partei, die das Land regiert, hat die Verbindung zu den Massen verloren und sich als unfähig erwiesen, das Land aus dem Zustand der allgemeinen Zerrüttung herauszuführen. Sie hat den Unruhen, die in letzter Zeit in Petrograd und Moskau ausbrachen und die klar darauf hinwiesen, dass die Partei Partei das Vertrauen der Arbeitermassen verloren hat, nicht Rechnung getragen... Für sie sind das alles Umtriebe der Konterrevolution. Doch hier irrt sie gewaltig.“<sup>1</sup> Zu den wirtschaftlichen Forderungen der Aufständischen gehörten: „11. Den Bauern die volle Verfügungsgewalt über ihr Land zu geben, auch das Recht, eigenes Vieh zu halten, unter der Bedingung, dass sie mit eigenen Mitteln, das heißt, ohne gedungene Arbeitskräfte, auskommen... 13. Das freie Handwerk zuzulassen, soweit es nicht auf der Ausbeutung von Arbeitskräften beruht...“<sup>2</sup> Die anderen Forderungen waren vor allem gegen die von ihnen konstatierte Erstarrung und Verbürokratisierung des politischen Lebens sowie gegen die institutionalisierte Dominanz der Bolschewiki gerichtet. Generell dürfte sich die Masse der Aufständischen und ihrer SympathisantInnen keinesfalls als konterrevolutionär betrachtet haben, vielmehr ging es tatsächlich um die Frage zu

---

<sup>1</sup> zitiert in Volin: Der Aufstand in Kronstadt, Münster 1999 S. 54

<sup>2</sup> Ebenda S. 46

Stabilität und Zukunftsfähigkeit einer im ganz einfachen Sinne gerechten und sozialen Entwicklung.

Die Entscheidung über den künftigen Kurs Sowjetrusslands erforderte also Maßnahmen, die politisch und ökonomisch gleichermaßen entschärfend wirkten und dem Land Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen könnten. Notwendig war eine Praxis, in der den elementaren Interessen der Arbeitermassen und der Bauernmassen (damit auch denen der Soldaten) entsprochen werden konnte. Die militärische Niederschlagung des Kronstädter Aufstandes war daher keinesfalls die Lösung der Probleme, auch wenn damit Grundrichtungen der Entwicklung des politischen Systems der Sowjetunion geprägt wurden. Darauf wird aber an späterer Stelle zurückzukommen sein.

Wir finden also dem Wesen der Sache nach um 1921 in Sowjetrußland alles vor, was mit einer Umbruchssituation zu tun hat: Widerstand der alten Herrschaft (im Bürgerkrieg manifest), Abwarten bei großen Teilen der Massen, Erwartungen schneller Verbesserung der eigenen Lage, alte Verhaltensweisen usw. – aber vor allem auch unterschiedliche Ansichten über den Charakter der künftigen Entwicklung. Letztere werden unter bestimmten Bedingungen dann zu den beherrschenden Kontroversen, deren Lösung bestimmte Wege öffnet, andere blockiert. Unterschiedliche Auffassungen über den Weg der Emanzipation verwandeln sich schnell in gegenseitige Vorwürfe des Konterrevolutionären und Reaktionären. Hinsichtlich der politischen und sozialen Gemengelage unterscheiden sich die Umbruchsprozesse in Sowjetrußland qualitativ nicht von denen später in Osteuropa, in Kuba oder heute in Venezuela. Die Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis von Plan, Markt, Staat und Zivilgesellschaft ist damit zwangsläufig stark von politischen Erwägungen geprägt. Die große Kunst ist es, diese politisch komplizierte Lage in nachhaltig wirkende ökonomische Entscheidungen umzusetzen.

Das war das Ziel Lenins mit der NÖP.

Wie wurde nun die NÖP interpretiert?

Die Interpretation dieser Politik als langfristig oder kurzfristig, als Taktik oder Strategie bestimmt, welche ökonomischen Entscheidungen fallen, welche Organisationsformen der Wirtschaft ermöglicht werden, welche Umverteilungsprozesse eingeleitet werden. Sie trifft Aussagen darüber, wie eng Wirtschaft und Politik miteinander verschränkt sind. In den ersten Jahren wurde sie vor allem als Politik betrachtet, quasi als Überlistung des alten Bewußtseins. Ein interessantes Bild malt in dieser Hinsicht E. Preobraschenski:

Preobraschenski untersucht in „Moral und die Klassennormen“ die Frage nach Motiven des Arbeitens, nach den Gründen für ein bestimmtes Verhalten von Menschen unter bestimmten Bedingungen. Er beschreibt den Unterschied zwischen der Art des Arbeitens unter den Bedingungen des Kriegskommunismus und denen der NÖP folgendermaßen: „Erinnert euch an die Zeit, wo von Arbeitern und Angestellten ganz neue, kollektivistische Beweggründe zur Arbeit verlangt wurden, und sie nur das bieten konnten, was vom alten Regime, von den zerstörten früheren Beziehungen übrig geblieben war. Erinneret euch, wie ungemütlich, schmutzig es in irgendeiner Verteilungsstelle des Kommissariats für Volksverpflegung war, wie grob die Angestellten mit dem Publikum waren, und wie sie staatliche Vorräte plünderten... Das Bewußtsein für das gemeinsame Interesse war schwach... Die individualistischen Beweggründe bei der Verteilung und bei der Arbeit („geht mich nichts an“) bestanden weiter. Die neuen Forderungen der Produktion und Verteilung standen in klaffendem Gegensatz zu der alten Psyche und den alten Gewohnheiten... Aber wie hat sich alles seit Beginn der Neue Ökonomischen Politik verändert. Wie höflich ist der Angestellte im Geschäft des Nepmanns oder in der Moskauer Verpflegungsgesellschaft, dessen Grobheit

und Mangel an Interesse sie früher in der Verpflegungsstelle des Volkskommissariats für Verpflegung abstieß. Wie teilnahmslos, faul und hochmütig war er früher, und wie zuvorkommend ist er jetzt... Was ist also geschehen? Der Kriegskommunismus konnte sich nicht auf Beweggründe der Arbeit stützen, da die neuen Beweggründe noch keine Wurzeln in der Arbeitermasse gefaßt hatten; die alten aber richteten die Sache zugrunde, standen ihr im Wege. Im Gegensatz dazu trat die Nep sofort mit diesen alten Beweggründen in Verbindung und stellte sie in ihren Dienst.“ (Preobraschenski, E.: Moral und die Klassennormen, Hoym, Hamburg 1923, S. 66f.) Er führt die Probleme darauf zurück, dass die „zurückgebliebene Psyche des Arbeiters“ hinter „der Ökonomie und Technik langsam nachhinkt und deren Entwicklung beeinträchtigt“. (ebenda S.69) Davon ausgehend beschreibt er die Entwicklungsrichtung folgendermaßen: „Die Umwandlung des Charakters [der Arbeiters] muß zuerst unter der Zucht der „Königin Maschine“ vor sich gehen. In dieser Hinsicht wird die Sowjetperiode automatisch die Arbeit des Kapitalismus fortsetzen. Es tritt aber ein neuer Faktor hinzu – wenn früher die Umwandlung unter dem Druck der Beaufsichtigung des Chefs vor sich ging, fehlt jetzt ein solcher Druck. An die Stelle des früheren Drucks tritt jetzt der Druck der fortschrittlichen Avantgarde auf die ganze Arbeitermasse.“ (ebenda S. 71) Die Repräsentanten dieser Politik, also diejenigen, die private Läden eröffneten oder Unternehmen betrieben, waren aus der Sicht Preobraschenskis Feinde: „Was die anderen Klassen betrifft, so sind wir mit dem Nepmann bald fertig. Er kann ruhig sein: auf ihn erstrecken sich die Klassennormen des Proletariats nicht. Wir müssen ihn zwingen, dem proletarischen Staat zu gehorchen, durch äußeren Zwang seinen Widerstand unerbittlich unterdrücken und keine Hoffnung hegen, dass er freudig für den Arbeiterstaat arbeiten wird... Daran denken, dass er sich dem Sowjetstaat anpassen wird, das heißt nur, sich mit schädlicher Duselei abgeben und ihm die Möglichkeit verschaffen, mehr zu stehlen und uns mehr zu betrügen. Er ist der Feind. Sein Ende wird das eines Feindes sein.“ (ebenda S. 76)

Diese neuen politischen Verhältnisse finden nun den Markt vor. Mitunter wird die Vorstellung vertreten, man könne ihn (im Unterschied etwa zu den 1920er Jahren) unter heutigen Bedingungen einfach abschaffen und durch andere Formen des Austauschs ersetzen. Der Markt wird hier wie ein Instrument betrachtet, das der abstrakte Kapitalist einsetzt, um sein Eigentum zu reproduzieren. Dies erscheint mir aber eine sehr vereinfachende Vorstellung zu sein. Sicher gehören Kapitalismus und Markt zusammen – aber nicht in diesem instrumentellen Sinne, sondern als Teile einer Totalität. Markt, kapitalistisches Eigentum, Lohnarbeit usw. gehören zusammen, wirken aufeinander ein und haben eine gemeinsame Entstehungsgeschichte. Diese gemeinsame Entstehungsgeschichte wurzelt u.a. in der Produktion von Gebrauchswerten als Waren. Die Verallgemeinerung der Warenproduktion als kapitalistische Wirtschaft ist wiederum mit der Entwicklung der Fabriksystems verbunden. Die damit entstehende Akkumulationsweise bringt Marktverhältnisse hervor, die sich in diesem Sinne immer wieder durchsetzen, trotz aller Monopolisierungsversuche. Kapitalistische Marktverhältnisse wie auch die Elemente planmäßigen Handelns (vor allem innerhalb der Unternehmen) sind Resultat der Dialektik zweier Seiten – der Produktionsverhältnisse und der Produktivkräfte. Für die Frage der gesellschaftlichen Planung in einer zukünftigen Übergangsgesellschaft stellt sich nun die Frage – sind die Bedingungen, die Marktverhältnisse hervorbringen, mit einem politischen Umbruch beseitigt? Offensichtlich nicht. Es sind nur Bedingungen geschaffen, privatkapitalistische Marktverhältnisse zu überwinden. Neben vielem anderen ist aber vor allem wichtig, dass Produkte weiter als Waren produziert werden.

Hier ist zu betonen: produziert werden. Eine Seite von Warenproduktion ist, dass die Produkte in einem arbeitsteiligen Prozess von voneinander ökonomisch unabhängigen und unter verschiedenen Bedingungen arbeitenden Produzenten erzeugt werden. Unterschiedlich Produktionsbedingungen werden erst beim Aufeinandertreffen der Produkte im Austausch, im Handel sichtbar. Erst hier zeigt sich, inwieweit tatsächlich entsprechend dem gesellschaftlichen Bedarf produziert wurde. Damit ist die Existenz von Geld, Kredit und Preis ebenfalls gesetzt. Der für den Kapitalismus prägende Widerspruch zwischen Wert und Gebrauchswert besteht also auf neue Weise fort. Nicht nur aus politischen oder ideologischen Gründen (weil Menschen sich weiter so verhalten, wie sie es gewohnt sind), sondern vor allem aus ökonomischen Gründen. Die Akzeptanz dieses Umstandes in der Theorie benötigte etwa 50 Jahre – von den ersten Diskussionen zur Warenproduktion im Sozialismus in den zwanziger Jahren bis zur Kanonisierung in den theoretischen Debatten im Zusammenhang mit den Wirtschaftsreformen im Realsozialismus ab den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts. Was kann gesellschaftliche Planung unter diesen Voraussetzungen sein? Planung ist der Versuch, durch bewusstes Gestalten von Bedingungen bestimmtes ökonomisches und soziales Verhalten zu unterstützen, zu stärken. Dabei muss sie Voraussetzungen schaffen, damit sich die Unternehmen selber reproduzieren und entwickeln können und gleichzeitig in den Unternehmen ein Mehrprodukt entsteht, dass wiederum Grundlage für die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse (gesellschaftlicher Konsumtion) ist. Sie ist in diesem Sinne nie Vorwegnahme von konkreten Ergebnissen. Sie schafft bestimmte Möglichkeiten, das eigene Unternehmen zu reproduzieren, sich mehr oder weniger solidarisch zu verhalten, mehr oder weniger nachhaltig zu wirtschaften, sie mehr oder weniger gesellschaftlichen Anforderungen zu unterwerfen usw. Entscheidend ist, dass sich die Unternehmen, egal welcher Rechtsform eben als Warenproduzenten verhalten, die ihre Produkte über den Markt realisieren müssen, um zu überleben. Damit stehen sie in einem ökonomischen Wettbewerbsverhältnis zueinander, das im Kapitalismus die Form der Konkurrenz annimmt. Die Konkurrenz ist die Form, in der sich die dem Kapitalismus eigenen Triebkräfte von Innovation, gleichzeitig aber von höchster Destruktivität (Überkapazitäten, Entwertung von Kapital, Bankrotte usw.) durchsetzen. Diese Macht erhält sie dadurch, dass sie beständig die soziale und mitunter auch die physische Existenz der Akteure in Frage stellt, gleichzeitig aber bei Erfolg wenigstens zeitweise Sicherheit und Erfolg in Aussicht gewährleistet. Eine Frage, mit der Planung konfrontiert ist, ist die nach der Stimulierung von Kreativität und Innovation unter politischen Bedingungen, in der die Massen die Herrschaft ausüben und sich damit der negative Stimulus der Konkurrenz eigentlich verbietet. Was heißt also Wettbewerb in einem „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“? Die Antwort auf diese Frage wurde noch nicht gefunden – aber sie ist gerade wiederum aus politischen Gründen zentral. Sie berührt im Kern die Frage nach Lebensweise und Kultur einer anderen Gesellschaft und damit nicht zuletzt die nach ihrer politischen Akzeptanz. Sprechen wir also von gesellschaftlicher Planung, haben wir es mit einem Prozess zu tun, der z.T. sehr widersprüchliche Tendenzen miteinander in Beziehung zu setzen hat. Ein gesellschaftlicher Planungsprozess muss versuchen, nicht einfach unterschiedliche, sondern auch widersprüchliche Interessen miteinander in Übereinstimmung zu bringen. Dabei trifft ein Neuansatz von Planung auf bereits bestehende Elemente von Planung – auf der zivilgesellschaftlichen Ebene etwa die Beteiligung in der Jugendhilfe- und Altenplanung, diverse Formen der Berichterstattung (entweder aus den Verwaltungen heraus oder „von unten“), natürlich die konzerninterne Planung, eine Steuerpolitik oder eine Geldpolitik die bestimmten Zielvorstellungen folgt usw. Ausgangspunkt derartiger

Planungsprozesse sind letztlich das kapitalistische Unternehmen und seine Entwicklungsbedürfnisse. Dazu bedarf es aber einer gesellschaftlichen Vermittlung, die sich in diesen Planungsformen niederschlägt. Dementsprechend erscheinen Planungsprozesse unter kapitalistischen Bedingungen im Kern als Beteiligungsprozesse – BürgerInnen werden an der Politik beteiligt, direkte Demokratie erscheint als Beigabe der repräsentativen Demokratie (als Ausdruck der bürgerlichen Demokratie als EigentümerInnendemokratie) und des exekutiven Handelns.

Sprechen wir von einer anderen, einer Übergangsgesellschaft, so würde dies eine Umkehrung der Relationen erfordern: die Entscheidungsprozesse müssten vom Primat der direkten Demokratie (als Ausdruck der politischen Herrschaft der Massen) hin zur repräsentativen Demokratie und zum exekutiven Handeln aufgebaut werden. Der gesellschaftliche Planungsprozess würde sich so als Beauftragung der Repräsentanten und der exekutiven Organe darstellen. Die staatlichen Planungsaktivitäten wären so aus dem gesellschaftlichen Planungsprozess heraus zu entwickeln. Gesellschaftliche und staatliche Planung (bzw. das Handeln des Staates in Umsetzung gesellschaftlicher Planungsentscheidungen) würden so nicht zusammen fallen. Trotzdem müssten dabei dem Staat Sanktions- und Gestaltungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, um steuernd gegen einzelne Unternehmen im Interesse des definierten Gesamtinteresses einzugreifen. Wenn man der These folgt, dass wir es mit einer warenproduzierenden Gesellschaft zu tun haben, also die Unternehmen starke eigene wirtschaftliche Interessen haben, diese Unternehmen wiederum wirtschaftsdemokratisch verwaltet werden, stellt sich nicht so sehr das Verhältnis von Planung und Markt, sondern vor allem das Verhältnis zwischen Unternehmen und Staat und der Unternehmen (einschließlich ihrer Belegschaften) untereinander als außerordentlich konfliktträchtig dar. Auf der ökonomischen Ebene wäre so der Staat mit ökonomischen Instrumenten wie Geld und Kredit, mit Normativen und Standards, mit einer straffen Sozial-, Arbeits- und Umweltgesetzgebung wie überhaupt einen funktionierenden Rechtssystem gefordert. Der sich neu konstituierende Widerspruch zwischen Wert und Gebrauchswert wurde etwa in der DDR versucht, durch eine strikte staatliche Preispolitik in Kombination mit Vorgaben auf der Ebene des Gebrauchswertes (etwa durch Methoden der Bilanzierung) zu beherrschen. Die dem Warenverhältnisse innewohnende Widersprüchlichkeit wurde so aber nicht gelöst, sondern gedeckelt. Letztendlich wurden schließlich die Pläne an die Realität angepasst, so dass die Betriebskollektive trotz bestehender Probleme, Disproportionen, zu geringer Qualität etc. ihre Jahresendprämien erhielten, die Fonds der Betriebe für soziale und kulturelle Zwecke gespeist wurden usw. usf. Es ginge aber darum, durch das staatliche Handeln einen Raum zu schaffen, in dem sich Widersprüche bewegen können, die Widersprüche von Warenproduzenten ausgetragen werden. Real gab es keine gesellschaftliche Planung, trotz einiger bestehender Organe, die dies vermitteln sollten (vor allem auf der lokalen Ebene, gesellschaftliche Beiräte, die Massenorganisationen selbst). Diese Organe waren aber eben keine Organe der Massen und konnten kein politischer Faktor im Sinne eines Gegengewichtes zur staatlichen Planung werden. Dadurch ging für alle wirtschaftlichen Akteure die Beziehung zwischen der eigenen Arbeitsleistung und der eigenen Lebenslage verloren. Das Austragen von Konflikten und Widersprüchen erfolgte vor den Vertragsgerichten und innerhalb des Staats- und der Apparate der verschiedenen Organisationen (vor allem der SED). Da der Apparat der führenden Partei praktisch ein nichtöffentliches Parallelsystem zur staatlichen Planung entwickelte, wurden die Ansätze gesellschaftlicher Planung immer wieder unterlaufen und diskreditiert. Wohlgedenkt – dies mit der durchaus ernst zu nehmenden Intention, im Interesse der Beschäftigten letztlich Verbesserungen zu erzielen. Die repräsentative

Vermittlung dieser Interessen, und hier liegt das Problem, ist aber nur in beschränktem Maße möglich. Wie konstituiert sich ein wirkungsfähiges gesellschaftliches Interesse von politischem Gewicht? Dies würde dann ja nicht nur den lokalen und regionalen Rahmen betreffen, sondern auch den globalen.

Die konkreten Formen dieser Politik werden wiederum von einer unübersichtlichen Zahl von Faktoren bestimmt sein. Die eigentlich sinnvolle Aufgabe heute kann nur darin bestehen, Ansatzpunkte dafür zu schaffen, dass unter sich wandelnden gesellschaftlichen Verhältnisse Menschen schnell auf neue Lagen reagieren können, dass sie schon heute wirtschaftliche Kompetenz, so auch planerische Kompetenz erwerben. Tatsächlich sehen wir derartige Ansatzpunkte heute durchaus.

An erster Stelle sind Formen der deliberativen Demokratie zu nennen, wie sie sich vor allem im Zusammenhang mit den Bürgerhaushalten in Brasilien und anderen Ländern Südamerikas entwickelt haben. Demokratisierung von Haushaltspolitik bedeutet nicht nur, an einem Knotenpunkt moderner Wirtschaft anzugreifen, sondern auch Lernprozesse zur Steuerung einer Wirtschaft in Gang zu setzen. Zudem bilden die hier entwickelten Verfahren einen in dieser Form eigentümlichen Raum der Interessenabwägung und der Kompromissfindung. Diese Form der direkten Demokratie ist vor allem geeignet, Prioritätensetzungen für Haushalts- und sicher auch Wirtschaftspolitik zu setzen. Damit wären Grundlagen nicht nur für staatliches Handeln, sondern auch Rahmen für die Planungsentscheidungen in Unternehmen oder Regionen geschaffen. Wahrscheinlich wäre dieses Modell, das konsequent von der direkten Machtausübung her aufgebaut ist, ein zentraler Baustein einer „Übergangsplanung“.

An zweiter Stelle sind Verfahren zu nennen, die heute bereits als „Bürgerbeteiligung“ firmieren. Dazu gehören etwa die Jugendhilfe- und Altenplanung, die Beteiligung in der Bauplanung u.ä. Diese, wie auch Sozialberichterstattungen und andere Formen der öffentlichen Analyse wären in einem anderen politischen Kontext vor allem auch Momente der unmittelbaren Verbindung direktdemokratischer und repräsentativ-demokratischer Momente.

Drittens sind zweifellos Betriebsräte eine Institution, die Ausgangspunkt einer Demokratisierung von Unternehmensplanungen sein können. Durch die Schaffung von gesellschaftlichen Beiräten ist hier eine Einbindung in regionale und weitergehende Interessen sicher möglich.

Vierten schließlich operiert Planung mit Statistik – das Messen und Bewerten von wirtschaftlichen Entwicklungen sind entscheidende Machtpositionen. Dafür können die o.g. Verfahren der Berichterstattung und des Monitoring hilfreich sein.

Wie gesagt – das sind Elemente und Ansatzpunkte, die kein eindeutiges Modell nach sich ziehen. Nur eines ist sicher: Wenn man über das Verhältnis von Planung, Staat, Markt und Zivilgesellschaft in einer künftigen Gesellschaft spricht, müssen wir mit einer hochgradig konflikträchtigen Angelegenheit rechnen. Eine zukunftsorientierte Politik der Linken muss unter diesem Gesichtspunkt darauf gerichtet sein, eigenes Handeln in seiner Widersprüchlichkeit zu begreifen und in der eigenen Organisationswirklichkeit eine Kultur konstruktiver Lösung von Widersprüchen durch Selbstveränderung zu entwickeln.